

Impfskepsis ist mehr als ein Gesundheitsthema.

(29.12.2021) Hohe politische Unzufriedenheit der Nicht-Impfbereiten - Persönliche Beziehungen leiden unter den Pandemie-Maßnahmen - Zustimmung zum gesundheitspolitischen Föderalismus gesunken - Ludwig nach wie vor bester Krisenmanager

Der vierte Lockdown und die damit zusammenhängenden Einschränkungen scheinen in Sachen Impfpflicht einiges bewegt zu haben: Stimmten im Juli 24% einer Impfpflicht zu, so sind es im jüngsten Gallup-Stimmungsbarometer* bereits 59%. Gegenüber Ende November entspricht das einer Steigerung von vier Prozentpunkten.

Trotzdem meinen nur 32% der Befragten, dass die Regierung „richtig mit dem Coronavirus“ umgeht. Besonders schlecht zeigt sich die politische Einschätzung der nicht-impfbereiten Österreicher: In diesem Bevölkerungssegment beträgt die Akzeptanz des Corona-Krisenmanagements der Regierung nur 5%, auch zeichnet sich hier eine überdurchschnittlich hohe Skepsis gegenüber der Politik im Allgemeinen ab.

„Wir beobachten seit Monaten, dass die Ablehnung der Impfung nicht nur mit gesundheitlichen Bedenken erklärbar ist, auch wenn diese im persönlichen Kontakt am häufigsten als Argument für Impfverweigerung genannt werden. Verglichen mit dem Bevölkerungsschnitt sind die Nicht-Impfbereiten mit der Politik deutlich unzufriedener, beurteilen die Arbeit der Bundesregierung kritischer und hadern häufiger mit den demokratischen Rahmenbedingungen“, kommentiert die Leiterin des Österreichischen Gallup-Instituts, Andrea Fronaschütz, die Ergebnisse der Umfrage. So vertreten die Nicht-Impfbereiten zu 84% die Meinung, dass politische Parteien nur daran interessiert sind, Wahlen zu gewinnen (64% in der Gesamtbevölkerung) und zu 81%, dass das Volk, und nicht eine abgehobene politische Elite in wichtigen Fragen entscheiden soll (56% in der Gesamtbevölkerung). Zu 89% stimmen sie der Aussage zu, dass die Politik die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen soll (68% in der Gesamtbevölkerung).

In privaten Gesprächen werden gesundheitliche Folgen der Impfung am häufigsten als Grund für Impfverweigerung angegeben

Fast drei Viertel der Österreicher (72%) haben schon Diskussionen mit Bekannten, 70% mit Freunden, 66% im Familienkreis, 46% mit Arbeitskollegen und 39% innerhalb der Partnerschaft wegen der Corona-Impfung gehabt. Bei 24% der Österreicher hat sich das Thema negativ auf die Beziehungen zu Bekannten, bei 18% zu Freunden und bei 17% innerhalb der Familie ausgewirkt. Für Andrea Fronaschütz, die Leiterin des Gallup-Institutes, zeigen die aktuellen Umfrageergebnisse, „dass uns Corona nicht nur politisch und wirtschaftlich beschäftigt, sondern mittlerweile auch tief in die zwischenmenschlichen Beziehungen der Österreicher eingreift“.

83% der Österreicher kennen in ihrem Umfeld Menschen, die sich nicht gegen Corona impfen lassen wollen. Davon geben 66% an, dass die Impfung aus gesundheitlichen Gründen (Nebenwirkungen oder Langzeitfolgen) abgelehnt wird. 57% nehmen wahr, dass Impfverweigerung mit dem Wunsch nach Entscheidungsfreiheit über den eigenen Körper begründet wird. 39% meinen, dass Impfskeptiker der Überzeugung sind, dass die Regierung nicht die Wahrheit sagt. Ein Viertel ortet bei den Nicht-Impfbereiten Skepsis gegenüber der Wissenschaft. Deutlich häufiger als noch im September argumentieren die Impfskeptiker damit, auf einen anderen Impfstoff zu warten (36% vs. 20%). Fronaschütz: „Dies lässt die Hoffnung aufkommen,

dass sich die Verfügbarkeit eines alternativen Impfstoffs positiv auf die Impfbereitschaft jener Zielgruppen auswirken könnte, die den neuen Impftechnologien skeptisch gegenüber stehen.“

Corona vs. Föderalismus

Im Zusammenhang mit der föderalistischen Entscheidungsfindung bei der Corona-Krisenbekämpfung spricht sich mittlerweile eine klare Mehrheit für österreichweit einheitliche Maßnahmen aus: Hielt sich im April die Frage nach der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern bei der Maßnahmensetzung noch die Waage, meinen derzeit 59% der Österreicher, dass es für die Bekämpfung der Pandemie besser wäre, wenn Corona-Maßnahmen vom Bund bzw. dem Gesundheitsministerium verordnet würden und in allen Bundesländern gleich wären. Föderale Entscheidungen werden nur mehr von 31% befürwortet. Besonders zurückgegangen ist dieser Wert in den beiden westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg: Hielten im April noch 64% den Föderalismus hoch, stimmen derzeit nur 42% für lokale Entscheidungen.

Bei der Frage nach der Impfstrategie zeigt sich ein ähnliches Bild: Im April hielten es 37% für sinnvoll, dass es keine österreichweit einheitliche Impfstrategie gibt, sondern jedes Bundesland selbst entscheidet, wie geimpft wird, aktuell sind es 26%.

Die gleiche Tendenz zeichnet sich auch auf europäischer Ebene ab: Während im April 54% der Bevölkerung der Meinung waren, es wäre für die Bekämpfung der Pandemie gut, dass jeder Staat für seine Gesundheitspolitik zuständig ist, vertraten im Dezember 46% diese Meinung. Umgekehrt stieg der Wunsch nach einer zentralen, von der EU gesteuerten Gesundheitspolitik von einem knappen Viertel im April (24%) auf 37% im Dezember.

„Der Föderalismus ist ein Verlierer der vergangenen Monate. Die unklare politische Zuständigkeit sowie die schlechte Erfolgsbilanz bei der Bewältigung der Pandemie bewirken einen Meinungsschwenk in Richtung mehr Zentralismus im Gesundheitssystem - sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene“, so Fronaschütz.

Unter den Politikern, die bei der Bewältigung der Krise besonders positiv aufgefallen sind, stechen wie bereits im November der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig mit 30% und Bundespräsident Alexander van der Bellen mit 27% hervor. Der neue Kanzler, Karl Nehammer, erreicht derzeit 25% (12% im November). Die beiden grünen Regierungsmitglieder Mückstein und Kogler folgen mit 23% und 20%. Fronaschütz: „Bemerkenswert ist die Wirkung Ludwigs auf Bundesebene: Der Wiener Bürgermeister punktet als Krisenmanager nicht nur bei den Wienern, sondern wird auch in anderen Bundesländern positiver als die eigenen Landeshauptleute wahrgenommen.“

Rückfragehinweis:
Andrea Fronaschütz
a.fronaschuetz@gallup.at
Tel. +431 470 47 24 - 0

Das Österreichische Gallup-Institut,
Lobkowitzplatz 1
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859
Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, Foto: www.beahasler.at

* 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung 16+
(Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup Onlinepanel, durchgeführt zwischen 14. und 18. Dezember 2021)

Hinweis: Zwecks besserer Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei stets miteingeschlossen.